schriftlich anzeigen muß, und daß Arbeitgeber der Polizei von den Ausländern, die sie bei Inkrafttreten einer solchen Vorschrift beschäftigen, schriftlich Mitteilung zu machen haben.

Wer einen Ausländer in seinen Dienst nimmt, der sich bei der Anstellung im Auslande aufhält, ist verpflichtet, für die Reiseausgaben aufzukommen, wenn der betreffende Ausländer die Arbeitszulassung nicht erhalten hat oder erhält.

§ 25. Den Arbeitsvermittlungsämtern kann nach vom König zu erlassenden Vorschriften auferlegt werden, der Polizei über Ausländer, die Arbeit suchen oder erhalten, schriftlich Mitteilung zu machen.

Ebenso kann der Kreiskrankenkasse die Verpflichtung auferlegt werden, der Polizei die angemeldeten Ausländer anzuzeigen.

§ 56. Der König kann nähere Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes erlassen.

Er kann ferner nähere Bestimmungen darüber treffen, wie es mit der Meldung zum Volksregister und mit der Meldung gemäß § 19 des Armengesetzes gehalten werden soll, wenn auf Grund dieses Gesetzes der Polizei Meldung erstattet ist.

§ 27. Für Spitzbergen gilt dieses Gesetz nicht.

Der König kann Bestimmungen über die Kontrolle der Ausländer, die von Spitzbergen kommen, erlassen.

§ 28. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestimmt der König.

[Es folgen Bestimmungen über die Aufhebung der bisher diese Materie regelnden Gesetze und Verordnungen.]

* * *

2) Polizeigesetz

10. Juni 1927. (Norsk Lovtidende II, S. 362 ff. 1927)

I. Kapitel: *Die Polizeibeamten.*

§ 1. Polizeibeamte im Sinne dieses Gesetzes sind bei der Polizei beschäftigte Personen, die Polizeigewalt [§ 2] besitzen. Dies Gesetz gilt nicht für Polizei-Embedsmenn, Lensmenn, Underlensmenn und Lensmanns-Gehilfen, wenn nicht eine seiner Bestimmungen ausdrücklich auf sie Bezug nimmt.

§ 2. Polizeigewalt wird den Beamten gegeben, die den allgemeinen Polizeidienst ausüben. Sie kann nicht nur den fest angestellten Beamten gegeben werden, sondern auch denen, die nur vorübergehend oder zu einzelnen Gelegenheiten im Polizeidienst stehen.

Die Polizeigewalt wird von dem Polizeimeister, in dringenden Fällen durch einen anderen höheren Polizeibeamten oder durch den Lensmann erteilt, der davon Meldung an den Polizeimeister zu erstatten hat.

Die Regierung erteilt die Polizeigewalt den Polizeibeamten, die nicht unter einem bestimmten Polizeimeister stehen.

Kennzeichen, daß ein Polizeibeamter Polizeigewalt hat, ist, daß er in der vorgeschriebenen Uniform ist oder eine polizeiliche Kennmarke oder schriftliche Vollmacht (Polizeivollmacht) hat.

§ 3. Polizeibeamte und die übrigen Mitglieder der Polizei unterstehen den für Staatsbeamte geltenden Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Februar 1918 über die öffentlichen Beamten.

In den Anstellungsrat für Beamte, die von einer Kommune besoldet werden, soll ein Mitglied der betreffenden Kommunalverwaltung gewählt werden.

Ebenso wird ein Vertreter der im Dienst der betreffenden Kommune stehenden Polizeibeamten hineingewählt. Doch muß in solchen Fällen die Zahl der von der Kommune besoldeten Polizeibeamten mindestens 10 betragen.

§ 4. Wer als Polizeibeamter fest angestellt werden will, muß norwegischer Staatsbürger, unbestraft und nüchtern sein und in gutem Leumund stehen. Er darf nicht unter 21 oder über 30 Jahre zählen. Er muß durch ärztliches Attest nachweisen, daß er von Gebrechen, Krankheit und anderen Beschwerden, die seine Diensttauglichkeit beeinträchtigen können, frei ist. Der Minister kann in einzelnen Fällen Ausnahmen von den Bestimmungen über die Altersgrenze zulassen.

§ 5. Die Polizeibeamten werden in der Regel für den Dienst in einem bestimmten Bezirk angestellt, sind aber verpflichtet, unter Umständen ohne Rücksicht auf die Bezirksgrenze Dienst zu tun.

Diese Pflicht haben auch Polizei-Embedsmenn und Lensmänner.

§ 6. Der König kann Bestimmungen treffen über:

1. Uniform und Polizei-Abzeichen,
2. eine besondere Ausbildung für die Anstellung bei der Polizei, eine gewisse Dienstzeit und Bewährung als Voraussetzung für das Aufrücken in gewisse Stellen,
3. die fachliche Ausbildung der Polizeibeamten.

§ 7. Die Polizeibeamten dürfen ohne Genehmigung des Polizeimeisters keine andere öffentliche oder private bezahlte Stellung annehmen oder einem anderen privaten Erwerb nachgehen. Die Genehmigung kann jederzeit zurückgenommen werden.

Der Entscheid des Polizeimeisters kann von dem betreffenden Beamten bei dem Ministerium angefochten werden. Handelt es sich um eine von einer Kommune besoldete Stellung und besteht ein Ausschuß auf Grund des § 17, so hat auch dieser das Anfechtungsrecht.

§ 8. Der König kann bestimmen, daß vor den im § 21 des Gesetzes vom 15. 2. 18 über öffentliche Beamte bestimmten Ordnungsstrafen die Polizeibeamten mit folgenden mildereren Ordnungsstrafen belegt werden können:

- a) Anmerkung eines Verweises in der Stammrolle,
- b) Entziehung des »Urlaubs« oder einer anderen Dienstfreiheit bis zu 14 Tagen.

Diese Strafen können nur durch den Polizeimeister oder in seiner Vertretung von dem betreffenden Abteilungschef festgesetzt werden.

Vorher soll dem Beamten Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden.

Die Polizeibeamten haben das Recht, eine Abschrift ihres Stammrollenblattes zu verlangen.

§ 9. Die Polizeibeamten dürfen im Dienst keine Rauschgetränke zu sich nehmen [vgl. § 31 des Ges. v. 1. August 1924 Nr. 4 über Einfuhr und Umsatz von Branntwein etc.]. Sie müssen sich auch außerhalb des Dienstes streng nüchtern halten.

Dies gilt auch für Polizei-Embedsmenn und andere Beamte, die Polizeigewalt ausüben.

§ 10. Die Polizeibeamten dürfen nicht Mitglieder einer Vereinigung oder Organisation sein, wenn sie sich dadurch verpflichtet oder verpflichtet werden können, ihre Dienstpflichten außer Acht zu lassen oder sich sonst in Widerstreit zu ihnen zu verhalten.

II. Kapitel: *Die Ausgaben für die Polizei.*

§ 11. Die Kommunen sollen Polizei in dem Ausmaß zur Verfügung haben, wie es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, zur Aufdeckung von Gesetzeswidrigkeiten und zur Ausführung der übrigen der Polizei nach Gesetz oder Gewohnheit obliegenden Aufgaben erforderlich ist.

§ 12. Der Staat trägt folgende Polizeieunkosten:

- a) die Entlohnung der Polizei-Embedsmenn,
- b) die Ausgaben für die Büroräume und Schreibuntensilien der Polizei-Embedsmenn in den Landbezirken,
- c) die Reisespesen für Reisen im Dienste der Polizei, wenn diese Ausgaben nicht anderen zur Last fallen.

§ 13. Der Staat trägt die Kosten besonderer polizeilicher Veranstaltungen bei außergewöhnlichen Verhältnissen, wenn ein besonderes staatliches Interesse obwaltet oder die allgemeine Ordnung und Sicherheit besonders gefährdet ist.

Ist für solche besonderen Veranstaltungen keine besondere Polizei eingesetzt, kann das Ministerium bestimmen, daß die Polizei eines anderen Bezirks zur Unterstützung gesandt wird. Das Aufkommen der Kommunen hierfür bestimmt sich, wenn keine besonderen Abreden getroffen sind, nach den von dem Ministerium festgesetzten Regeln.

§ 14. Die Kommunen tragen die Polizeiausgaben, die nicht nach den §§ 12, 13 oder anderen gesetzlichen Bestimmungen der Staatskasse auferlegt sind.

Falls das Storting die Mittel dazu bewilligt, kann ein Beitrag aus der Staatskasse zur Deckung eines Teils der kommunalen Polizeiausgaben angewiesen werden.

§ 15. In Kommunen mit mindestens 5 dauernd diensttuenden, durch die Kommune besoldeten Polizeibeamten hat die Kommunalverwaltung für diese und die übrigen bei der Polizei angestellten Beamten durch Statut die Löhne, die Bezahlung von Überstunden und die Uniformgelder zu regeln.

Das Statut bedarf der ministeriellen Genehmigung. Hält das Ministerium die Sätze des Statuts nicht für ausreichend, kommt § 16 dieses Gesetzes zur Anwendung.

§ 16. Hat die Kommunalverwaltung nicht die nötigen Mittel für die Unterhaltung der erforderlichen kommunalen Polizei bewilligt, kann der Polizeimeister sich an das Ministerium wenden. Findet auch dieses, daß die bewilligten Mittel nicht ausreichen, ist die Sache von neuem der Kommunalverwaltung mit einem Vorschlag des Ministeriums vorzulegen. Wird dieser Vorschlag nicht angenommen, kann der Minister die Sache dem König zur endgültigen Entscheidung vorlegen.

Unterläßt es die Kommune, die nach dem Entscheid des Königs nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, so können diese von der Staatskasse ausgelegt und von der Kommune zurückgefordert werden.

§ 17. Die Kommune kann, unter Anwendung der Gesetze vom 30. September 1921 über die Kommunalverwaltung auf dem Lande und in den Städten, insbesondere deren §§ 28—30 bzw. 29—31, einen ständigen Ausschuß zur Wahrnehmung der kommunalen Interessen betreffend die Polizei einrichten. Der Ausschuß hat den Vorschlag des Polizeimeisters zum Polizei-Budget zu prüfen und im übrigen alle Sachen vorzubereiten, die die Bewilligung von Mitteln für Polizeiaufgaben angehen, deren Kosten die Kommune zu tragen hat. Er hat weiterhin zu den kommunalen Statuten und Vorschriften über die Tätigkeit der Polizei Stellung zu nehmen.

Der Ausschuß kann den Polizeimeister ersuchen, Änderungen in der Anordnung des Dienstes vorzunehmen und gewisse polizeiliche Veranstaltungen zu treffen.

Erfordert der Ausschuß Aufklärungen über den Polizeidienst, die der Polizeimeister nicht geben zu können glaubt, so kann er verlangen, daß die Frage dem Ministerium vorgelegt wird.

Der König kann nähere Bestimmungen über die Aufgaben und die Wirksamkeit dieses Ausschusses treffen.

§ 18. Wird eine Verstärkung der Polizei wegen der Neueröffnung eines gewerblichen Unternehmens notwendig, so können diesem die damit verbundenen Kosten, sowohl während der Errichtungsdauer als während des ersten Betriebsjahrs, auferlegt werden. Falls es die örtlichen Interessen erheischen, kann dem Unternehmen auch auferlegt werden, einen Arrest-, Dienst- und Wohnraum für die betreffenden Polizeibeamten einzurichten.

Bei Streitigkeiten findet § 16 entsprechende Anwendung.

§ 19. Ist bei öffentlichen Veranstaltungen und Vorstellungen, öffentlichem Tanz und ähnlichem, die von öffentlicher Genehmigung abhängig sind, eine besondere polizeiliche Aufsicht nötig, so kann die Genehmigung davon abhängig gemacht werden, daß für die polizeiliche Tätigkeit eine besondere Abgabe an die Kommunalkasse gezahlt wird.

Auch die Abhaltung sportlicher Veranstaltungen, öffentlicher Feste u. ä., zu denen Eintrittsgelder erhoben werden, kann von der Polizei davon abhängig gemacht werden, daß eine besondere Abgabe für die polizeiliche Aufsicht an die Kommunalkasse gezahlt wird.

Die Einzahlung der Abgabe an die von der Kommunalverwaltung

bestimmte Behörde kann verlangt werden, ehe die Erlaubnis der Veran-
staltung ausgesprochen wird.

III. Kapitel: *Verschiedene Bestimmungen.*

§ 20. Auf dem Lande und in den ländlichen Orten, in denen kein
Polizei-Embedsmann wohnt, hat der Lensmann unter dem Polizeimeister
weiterhin die Leitung des Polizeidienstes.

Der Polizeimeister kann unter besonderen Umständen im Einver-
nehmen mit dem Fylkesmann eine andere Ordnung des Dienstes der
Ordnungspolizei bestimmen. Diese Bestimmung kann der Lensmann
bei dem Ministerium anfechten.

Ebenso hindert die Vorschrift des ersten Absatzes nicht, daß die
polizeiliche Ermittlungstätigkeit von anderen untergeordneten Poli-
zeibeamten ausgeübt wird, soweit solche zur Verfügung stehen und
dies im einzelnen Falle am zweckmäßigsten erscheint.

§ 21. Freiwillige Ordnungswehren dürfen nur mit Genehmigung
des Polizeimeisters errichtet werden und nur unter seiner Leitung in
Wirksamkeit treten. Wer eine Ordnungswehr, die nicht unter der Leitung
des Polizeimeisters steht, errichtet oder sich an einer solchen beteiligt,
wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 22. Der König erläßt für das Reich eine allgemeine Instruktion
über den Polizeidienst.

Die Polizeimeister erlassen in Ausführung derselben die übrigen
Dienstbestimmungen, wie es die örtlichen Verhältnisse verlangen.
Eine Abschrift dieser Bestimmungen ist, wenn sie nicht nur für einen
Einzelfall gelten sollen, an das Ministerium zu senden.

§ 23. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1928 in Kraft.

Doch kann der König bestimmen, daß einzelne Bestimmungen
erst am 1. Juli 1928 in Kraft treten.

* * *

II. Rechtsprechung

Höchstes Gericht (Hoiesteret)

- 1) Handelsdepartementet (regjeringsadvokaten) gegen A/S Tunoy
[selv]. 12. Sept. 1923 (R. T. 1923, II. S. 23)¹⁾

Verfassungsverbot gegen Rückwirkung gesetzlicher Be-
stimmungen (§ 97 der norw. Verfassung).

*Ein Gesetz, das eine vor seinem Inkrafttreten bestehende Verpflich-
tung mit Wirkung auch für einen vor dem Inkrafttreten liegenden
Zeitraum erweitert, verstößt gegen den § 97 der norw. Verfassung.*

¹⁾ Vgl. für dies und die weiter unten angeführten Urteile: Hambro, Tidskrift for
Retsvidenskap 1928, s. 88 ff.